

Liebe Genossinnen und Genossen,

der scharfzüngigste Kabarettist des Landes Georg Schramm charakterisierte vor einiger Zeit die politische Situation in der Bundesrepublik mit wirklich knallharten Sätzen, an deren Aktualität er noch vor wenigen Tagen anlässlich der Verleihung des Deutschen Kleinkunstpreises 2012 ausdrücklich festhielt: „Politik machen Interessensverbände, die die Fäden ziehen, an denen politische Hampelmänner hängen, die uns dann auf der Berliner Puppenkiste Demokratie vorspielen dürfen. Das sind dann Politfiguren, die in den öffentlich-rechtlichen Bedürfnisanstalten bei den Klofrauen Will und Ilgner ihre Sprechblasen entleeren. Und wenn sie da ihre intellektuelle Notdurft verrichtet haben und es tröpfelt nach, dann können sie sich bei Beckmann und Kerner an der emotionalen Pissrinne auch noch unter´s Volk mischen.“

Klarer und wortgewaltiger geht es wohl kaum. Als angeblich auch wortgewaltig wird uns seit Wochen der neue Bundespräsident angepriesen. Während DIE LINKE mit Beate Klarsfeld eine namhafte Antifaschistin als Kandidatin nominierte, hat sich die große Koalition des Neoliberalismus mit Joachim Gauck, der mit der Freiheit bislang nur ein Thema kannte, für die reaktionärste Möglichkeit der Neubesetzung des Präsidentenamtes entschieden. Die Medien halfen dabei fleißig mit, voran die Springer-Presse: so kritisch sie mit Christian Wulff umging, so unkritisch wird sein Nachfolger bejubelt. Auch bei der gestrigen Antrittsrede, die trotz einiger neuer Töne eher ein Sammelsurium von Beliebbarkeit war wie das nd heute titelt, überschlugen sich die Konzernmedien und Dorfpostillen. Gauck kann sagen, was er will: stets erschallt Lob aus dem Mund jener, die ich gemacht haben.

Angesichts seiner konturlosen Ermunterung zu Mut, Zuversicht und Vertrauen lob ich mir das Büchlein „Der falsche Präsident“ von Albrecht Müller, dem ehemaligen Wahlkampfleiter von Willy Brandt und Erfinder von www.nachdenkseiten.de, das ein regelrechtes Labsal in diesem medialen Einheitsbrei darstellt. Müller urteilt über den Wulff-Nachfolger: „Joachim Gauck nimmt die aktuellen, großen Bedrohungen unserer Freiheit nicht ernst genug: die Macht der Finanzwirtschaft, den Abbau der sozialen Sicherheit und die Erosion der Demokratie. Gaucks Botschaft klingt zumindest bislang wie ein lautes ‚Empört Euch nicht!‘“

Beim Stichwort Erosion der Demokratie ist es nicht weit zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), ein Thema das uns vor allem in Sachsen seit mehreren Monaten nicht nur politisch stark beschäftigt, sondern auch emotional enorm aufwühlt. Als im November 2011 eine neofaschistische Terrorzelle – das sogenannte „Zwickauer Trio“ – aufflog, das mehr als 13 Jahre in unserem Land ungehindert morden und rauben durfte, wurden erschreckende Zusammenhänge und Hintergründe sichtbar. Die Naziterroristen waren nicht nur von den Strafverfolgungsbehörden unbehelligt geblieben; der braune Sumpf wurde augenscheinlich auch kräftig von V-Leuten bewässert. Die Nazis standen gewissermaßen unter Verfassungsschutz. Diese Mitverantwortung der Geheimdienste und damit des Staates für den rechten Terror verleitete den Kabarettisten Jürgen Becker zu dem bösen Scherz: Bei Nazi-Aufmärschen sei er sich oft nicht mehr ganz so sicher, ob es sich um echte Nazis handelt oder um einen „Betriebsausflug des Verfassungsschutzes“. Leider hat dieser schwarze Humor einen wahren Kern. Und der größte Geheimdienstskandal in der Geschichte der Bundesrepublik, bei dem neun unschuldige Familien mit Migrationshintergrund über viele Jahre verdächtigt wurden, am Tod ihrer Angehörigen mitschuldig zu sein, hat ja noch einen Aspekt, der mittelbar unsere Partei betrifft. Während die Neonazis neun ausländische Mitbürger und eine Polizistin regelrecht hinrichteten, waren die Geheimdienste nicht nur angeblich ahnungslos, sondern konzentrierten ihre Tätigkeit auf die Beobachtung von 27

Bundestagsabgeordneten unserer Bundestagsfraktion. Zu Recht empörte sich Gregor Gysi in der von uns beantragten Aktuellen Debatte am 26. Januar 2012 im Deutschen Bundestag, und stellte fest, „dass der Verfassungsschutz balla balla und ein Pfeifenverein sei“.

Das Demokratieverständnis des Verfassungsschutzes weist Defekte auf, die zunehmend irreparabel sind, er entlarvt sich endgültig als antidemokratische Institution mit Feindbildern, die in Zeiten des kalten Krieges und in Zeiten davor ihre Wurzeln besitzen. Die Dramatik des Problems wird spätestens an der Stelle deutlich, wenn in Thüringen offenbar viel Kraft auf Bodo Ramelow und seine Beobachtung verwandt wurde, zugleich aber das Treiben des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ faktisch nicht bemerkt oder zur Kenntnis genommen wurde. Die LINKE fordert daher zu recht die Bundesregierung zu energischen Konsequenzen auf. Der Verfassungsschutz erweist sich endgültig als Gefährdung der Demokratie und des Grundgesetzes, er gehört abgeschafft.

Den richtigen, den wirklichen Verfassungsschutz, sollten besser die Bürgerinnen und Bürger, die Zivilgesellschaft in die Hand nehmen. So wie am 13. und 19. Februar 2012 in Dresden, als wieder tausende Demonstranten wie schon 2011 verhinderten, dass Neonazis den Jahrestag des Bombenangriffs auf Dresden vom Februar 1945 für ihre geschichtsrevisionistischen Märsche missbrauchen konnten. Ich freue mich, dass auch die Leipziger LINKE zu diesen erfolgreichen antifaschistischen Protesten ihr Scherflein beitrug und danke an dieser Stelle allen, die an diesen beiden Tagen – die ja zum Glück nicht so kalt wie im Vorjahr waren – mit in der Landeshauptstadt dabei waren.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Gedanken zum derzeit heiß diskutierten NPD-Verbot äußern. Die Innenministerkonferenz hat am Donnerstag dazu erste Weichen gestellt, indem ab 1. April die V-Leute aus der Führungsebene der NPD abgezogen werden sollen. Eine klare Antinazi-Strategie des Staates ist aber noch nicht erkennbar; nach dem ersten gescheiterten Anlauf im Jahr 2003 fängt man bei der Materialsammlung faktisch wieder bei Null an und hofft nun, eine Querverbindung von NSU und NPD nachweisen und damit ein Verbot herleiten zu können. Für eine konsequent antifaschistische Partei wie DIE LINKE ist höchste Wachsamkeit, ja durchaus auch Misstrauen gegen diese Strategie geboten, denn es ist folgendes zu befürchten: das Verbotsverfahren gegen die NPD dient als Möglichkeit, die öffentliche Aufmerksamkeit in Sachen Rassismus und Antisemitismus zu bündeln und von der Tatsache abzulenken, dass die NPD zwar besonders menschenfeindliche Positionen vertritt, reaktionäre Ideologien aber längst in der vermeintlichen „Mitte“ der Gesellschaft verankert sind, wenn ich nur an die Resonanz auf die üblen Thesen des Hobbygenetikers Thilo Sarrazin denke. Die Aufgabe für Antifaschisten ist eine doppelte: Zu verhindern, dass die Innenminister das NPD-Verbotsverfahren bewusst schlampig führen, weil sie auf ihre Weise die NPD durchaus brauchen können und zugleich dafür zu sorgen, dass das Verfahren nicht als Alibi genutzt wird, beim alltäglichen Rassismus wegzuschauen. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass heute Mittag unter dem Motto „Im Osten nichts Neues. Gegen Nazis und rechte Alltagskultur“ im Leipziger Osten durch das Ladenschluss-Aktionsbündnis eine Antifa-Demo durchgeführt wird. Jahrelang hatten die Antifa und auch wir hauptsächlich das NPD-Büro in der Lindenauer Odermannstrasse im Visier; seit Ende letzten Jahres ist der Leipziger Osten – ich denke insbesondere an das Thor-Steinar-Klamotten verkaufende Modegeschäft „Fighting Catwalk“ im Täubchenweg und eine Naziwohnung in der Langen Strasse in Reudnitz – verstärkt als Aktionsfeld von Neonazis in den Fokus gerückt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist thematisch gar nicht so weit weg vom Rechtsextremismus wie es zunächst klingen mag, wenn man feststellt, dass seit Ausbruch der Schuldenkrise die Bundesrepublik weniger europäisch eingebunden als vielmehr tonangebend ist. Kraft ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Gewichts stellt sie gegenüber von Bankrott bedrohten Staaten quasi unverhandelbare Bedingungen für eine deutsche Beteiligung an Rettungsmaßnahmen: Sozialausgabenkürzungen, Privatisierung, Schuldenbremse. Getestet wird, was andere Völker an Gürtelengerschnallen zu ertragen bereit sind. Das kann zugleich als einschüchterndes Signal an die bundesdeutsche Bevölkerung gelten: Sparprogramme, Rente mit 67 und Lohndumping für die eine Seite, Milliarden für Banken und Vermögenszuwachs für die Reichen auf der anderen Seite. Die Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft wächst mit jedem Tag. Damit wird aber nicht nur der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft sondern auch die Demokratie zerstört. In zwei europäischen Ländern wurden die Regierungschefs schon direkt durch Banker ersetzt, wobei es um Berlusconi sicher nicht schade war. Damit herrscht in Griechenland und Italien inzwischen die direkte Diktatur der Finanzmärkte.

DIE LINKE kämpft für die Beendigung dieser Diktatur. Wir treten dafür ein, dass die Finanzkonzerne in öffentliches Eigentum überführt und demokratischer Kontrolle unterzogen werden. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass steigende Löhne das beste Mittel gegen die Eurokrise sind. Deshalb steht auch DIE LINKE in Leipzig fest an der Seite der Gewerkschaften und unterstützt sie bei den Forderungen nach Mindestlohn bzw. in den derzeitigen Tarifauseinandersetzungen, wie wir das auch bisher ja getan haben; ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die im Rechenschaftsbericht aufgeführten Veranstaltungen mit Mag Wompele und Heiner Flassbeck.

Diese politische Unterstützung ist gerade jetzt auch in den aktuellen Auseinandersetzungen um die Erhöhung der Gehälter im Öffentlichen Dienst um 6,5 Prozent notwendig. Gestern wurde Conny Falken in ihrer Eigenschaft als GEW-Kreisvorsitzende in der LVZ nicht nur nett fotografisch abgebildet, sondern anlässlich des Warnstreiks vom Donnerstag mit der Aussage zitiert: „Wir halten die Forderung für vernünftig und realistisch.“ Genau so ist es. Wir wünschen Dir liebe Conny viel Erfolg und weiterhin alles Gute in diesem Tarifikampf.

Liebe Genossinnen und Genossen,

obgleich DIE LINKE ein neues Parteiprogramm hat und gut zwei Monate vor dem nächsten Bundesparteitag in Göttingen innerparteilich etwas Ruhe eingezogen scheint, stehen wir derzeit nicht besonders rosig da. In den bundesweiten Umfragen dümpeln wir zwischen acht und neun Prozent. Inwieweit die drei bevorstehenden - jeweils ja vorgezogenen - Landtagswahlen eine Trendwende zum Positiven bringen können bleibt abzuwarten. Die Lage im Saarland für morgen scheint nach dem Scheitern der Jamaika-Koalition halbwegs überschaubar: alles läuft wegen der Ängstlichkeit der SPD auf eine große Koalition der Sozialdemokraten mit der CDU hinaus. Die SPD macht das, was sie am besten kann: links blinken, rechts abbiegen. DIE LINKE wirbt unter Führung Oskar Lafontaines mit dem Slogan „Soziale Gerechtigkeit - Jetzt nur noch mit uns!“ um möglichst viele Stimmen und wird hoffentlich in die Nähe der phänomenalen 21,3 Prozent bei der Landtagswahl 2009 kommen und damit etwas Rückenwind für die Wahlen in Schleswig -Holstein und NRW produzieren. An Rhein und Ruhr ist die Lage bekanntlich kritischer. Auch hier ging eine Landesregierung vorzeitig krachen; am 13. Mai wird in NRW nach dem Scheitern von rot-grün die vorgezogene Landtagswahl stattfinden. Die zwei Jahre LINKE im Landtag des größten Bundeslandes war

von historischer Bedeutung und darf nicht Episode bleiben. Das hat dem Land gut getan. Wir hoffen darauf, dass die LINKE in NRW den Wiedereinzug schafft und ein damit ein wichtiges bundespolitisches Signal zu setzen vermag; wir werden mit unseren bescheidenen Mitteln einen Beitrag dazu leisten. Ganz schwierig ist die Situation in Schleswig-Holstein. Die Wahl zum 18. Landtag von Schleswig-Holstein wird eine Woche vor NRW, also am 6. Mai 2012, stattfinden. Sie ist ebenfalls eine vorzeitige Wahl, die nach Abbruch der Legislaturperiode durch die von der Linksfraktion erwirkte Entscheidung des Landesverfassungsgericht vom 30. August 2010 nötig wurde. „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land“ lautet hier der Wahlkampfslogan von uns; ob wir allerdings an der Küste den Wiedereinzug in den Landtag schaffen, gilt nach den jüngsten Umfragen leider als eher unwahrscheinlich.

Damit möchte ich aus Zeitgründen direkt zur politischen Situation in Leipzig überleiten, ohne heute wie gewohnt noch einen längeren Ausflug in die Landespolitik zu machen. Vielleicht nur so viel: der Rücktritt von Kultusminister Wöller kurz nach Halbzeit der Legislaturperiode offenbart deutliche Risse im schwarz-gelben Regierungsgebälk, die CDU/FDP-Koalition ist in ihrer ersten Krise seit Herbst 2009. Wie desolat, wie phantasielos und blutleer Sachsen unter Tillich regiert wird, zeigt ein soeben veröffentlichtes spektakuläres Insiderbuch, das diese Woche in der ZEIT präsentiert wird. Harald Noeske, ein langjähriger hochkarätiger Beamter aus der Staatskanzlei hat mit seinem Werk „Regieren in Sachsen“ das ausgepackt, was wir schon immer kritisiert haben. Ob die sächsische Opposition, insbesondere aber unsere Partei, daraus allerdings politischen Nektar saugen kann, bleibt abzuwarten; zu wenig geschlossen und handlungsfähig ist derzeit unsere Landtagsfraktion. In der Fraktions-sitzung vom 6. März wurde nach intensiver Diskussion zumindest ein klarer Fahrplan für die strukturelle und personelle Neuaufstellung der Fraktion für die zweite Hälfte der Wahlperiode beschlossen und der Fraktions- und Landesvorsitzende beauftragt, dazu in den kommenden drei Monaten unter Berücksichtigung der Halbzeitbilanz einen möglichst gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten. Es ist zu hoffen, dass bei der Klausur Anfang nächste Woche die ersten Schritte in diese Richtung gegangen werden.

Damit aber nun wirklich zur Lage in Leipzig. Es ist ein zwiespältiger Eindruck, der sich diesbezüglich im Frühjahr 2012 aufdrängt: Die Probleme, die vor zwei Jahren durch das verordnete Gedusel im Umfeld des Jubiläums 20 Jahre deutsche Einheit sowohl in Leipzig als auch im gesamten Land von den Regierenden wohlweislich kaschiert wurden, drängen nun massiv nach vorn.

Leipzig gibt ein merkwürdig gespaltenes Bild ab: Offizielle Jubelgesänge feiern das Wachstum der Wirtschaft, aber lassen sich irgendwelche Fakten dafür finden, dass die Leipziger Wirtschaft so gewachsen wäre, wie dies in Westdeutschland in den letzten drei Jahren ja durchaus der Fall war? Die Einkommen sind gestiegen, wird allenthalben verkündet, aber kennt irgendjemand von uns größere Beschäftigtengruppen, die auf dem Lohnkonto ähnliche Fortschritte gemacht hätten wie ihre Kollegen im Westen des Landes?

Wahr ist doch: Ja, es gab ein Wirtschaftswachstum in Leipzig, aber jeglicher Fortschritt der Leistungskraft wurde mit der erbärmlichen Niedriglohnstrategie erkaufte. Deshalb ist es sicher richtig, dass Investitionen in Leipzig profitabel sind, doch sie wurden und werden weiterhin angesichts der hier üblichen Lohnhöhe teuer erkaufte. Der zum Himmel schreiende soziale Skandal, dass gut qualifizierte Beschäftigte Vollzeit arbeiten, dabei aber so rücksichtslos ausgebeutet werden, dass sie "aufstocken" müssen, um mit ihren Familien einigermaßen über die Runden zu kommen, mag im Westen des Landes weniger gewichtig sein, aber hier, im Osten und namentlich in Leipzig ist es eine verbreitete Erscheinung, und das geht so nicht

weiter. "Aufstocker" ist nicht das Unwort des Jahres, sondern des Jahrzehnts!

Aufstocken, um ein einigermaßen auskömmliches Leben zu ermöglichen, ist wie das Bekämpfen sozialer Kälte mit warmen Umschlägen. Wenn das die "Freiheit" ist, die sie meinen, dann wird es höchste Zeit den hohl tönenden Freiheitsbegriff mit akzeptablen Inhalten - zum Beispiel mit sozialer Sicherheit und Lebensqualität - zu füllen, von denen eine breite Öffentlichkeit etwas hat.

Woher nehmen Großkonzerne eigentlich das "Recht", sich ihre Werksansiedlungen aus öffentlichen Kassen fürstlich subventionieren zu lassen, um sich später, wenn die Anlagen laufen, angemessene Löhne faktisch weiter aus öffentlichen Kassen subventionieren zu lassen? Wer außer der LINKEN thematisiert eigentlich diese skandalöse Dauer-Subventionierung der besonderen Art? Wir sagen: Mit einer solch dreisten Verbiegung bewährter marktwirtschaftlicher Prinzipien muss endlich Schluss sein. Auch im Osten und besonders in Leipzig verdient gute Arbeit einen gerechten Lohn.

Nehmen wir als Beispiel BMW: Wie sehr dieses Werk zur Entspannung der miserablen Leipziger Arbeitsmarktsituation beigetragen hat, will ich gar nicht in Abrede stellen. Ich weise allerdings auch darauf hin, dass BMW mit seinem enormen Anteil von Leiharbeitern, der von dem Konzern als völlig "normal" empfunden wird, in Thüringen keinerlei Förderung bei einer Ansiedlungsentscheidung mehr bekäme. Ist es nicht höchste Zeit, auch in Sachsen endlich an die Seite der Arbeit so konsequent zu denken, wie dies bei den Nachbarn in Thüringen geschieht, und nicht immer nur die Interessen des Kapitals im Blick zu haben.

Als es um die Ansiedlung des Werkes von BMW ging, reisten Scharen Leipziger Wirtschaftsförderer nach München, und das war richtig so. Doch reisen heute - im mittlerweile achten Produktionsjahr des Werkes - einflussreiche Wirtschaftsförderer aus Leipzig immer noch nach München, um nach den einstigen festen Zusagen des Konzerns zu fragen - nach einer Entlohnung, die sich am bayerischen Niveau orientiert, nach der Nutzung des Zentralgebäudes im Leipziger Werk für Kulturveranstaltungen, nach der Kooperation mit Leipziger Hochschulen oder nach den Netzwerken des Konzerns, die mit dem einheimischen Mittelstand geknüpft werden sollten?

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Wenn die einheimischen Mittelständler ehrlich wären, müssten sie zugeben, dass das Papier zur Mittelstandspolitik der Leipziger LINKEN, das Euch heute vorliegt, das momentan konsequenteste Politikangebot auf diesem Gebiet ist. Mehr noch: Das ist für uns keine konjunkturelle Frage, sondern ein strategischer Ansatz. Großbetriebe, Mittelständler und starke Kommunalunternehmen sowie die zahlreichen Forschungseinrichtungen gehören in dieser Stadt zusammen. Als verlängerte Werkbank konnte Leipzig in seiner gesamten Geschichte noch nie punkten, sondern immer nur als ein Innovationstreiber. Daran orientiert sich linke Wirtschaftspolitik, zu der natürlich auch eine aktive staatliche Beschäftigungsförderung gehört. Es ist gut, dass die Stadtratsfraktion diesbezüglich nicht locker lässt. Heute berichtet die LVZ ausführlich über eine Anfrage von Margitta, Skadi und Pia zu diesem Thema, in der die drei Stadträtinnen vom Oberbürgermeister eine Aussage erwarten, wie er die nach Inkrafttreten der Instrumentenreform eintretende Situation einschätzt und welche Strategie die Stadt Leipzig verfolgt, damit die Vielzahl der Angebote der Vereine im Bereich der freiwilligen sowie auch der nichtfreiwilligen Leistungen aufrecht erhalten werden können.

Nicht nur wegen des Versagens der Bundesregierung ist die Lage auf dem Leipziger

Arbeitsmarkt weiterhin sehr kompliziert. Inzwischen sagen sogar maßgebliche Wirtschaftskreise in unserer Stadt: "So wie wir durch die vergangenen 20 Jahre gekommen sind, werden wir durch die kommenden 20 Jahre nicht mehr kommen." Ob ihnen allen bewusst ist, dass damit wohl bekannte linke Positionen wiederholt werden, lasse ich an dieser Stelle einmal beiseite und frage lieber: Ja, was soll sich denn ändern, wenn wir optimistisch auf die kommenden 20 Jahre blicken wollen? Da schweigt sich die Wirtschaft allerdings aus. Wir sagen dagegen: Ein Mindestlohn muss her. Hartz IV muss weg. Über eine Finanzmarkt-Transaktionssteuer müssen spekulative Riesenprofite wenigstens zum Teil umverteilt werden, da sich die Dollar- und Euro-Glücksritter immerhin schon zweimal in drei Jahren schamlos von "der Allgemeinheit retten" ließen, während sie nicht im Traum daran denken, selbst etwas beizutragen, um das Rettungsboot flott zu kriegen.

Leipzig kann mehr sein als ein "Standort" und soll und muss nach unserem linken Politikverständnis auch mehr als ein "Standort" sein. Sämtliche in letzter Zeit (im Auftrag der Unternehmenseite) erarbeitete vergleichende Studien - Wirtschaftskraft, Kaufkraft, Immobilienmarkt usw. - sehen Leipzig jeweils auf dem letzten Platz im bundesweiten Vergleich. Nur als Armutshauptstadt tragen wir eine zweifelhafte rote Laterne und nehmen einen fragwürdigen "Spitzenplatz" im überregionalen Vergleich ein. Daraus kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Der Startvorteil der "Boomtown" ist komplett verspielt worden. Wir brauchen dringend einen Neustart. Die verbleibende Zeit bis 2019, bis zum unwiderruflichen Auslaufen des Solidarpakts, muss mit höchstem Einsatz genutzt werden, um die Wettbewerbsposition unserer Stadt zu verbessern. Dass dieser Zeitraum weitgehend deckungsgleich mit der Amtsperiode des nächsten Stadtoberhauptes ist, verleiht dieser Aufgabe ungewöhnlichen Reiz. Dass just in diesen Tagen ein von westdeutschen SPD-Oberbürgermeistern losgetretener fataler Wettstreit um den Schlussspurt beim Aufbau Ost begonnen hat, verschafft dieser Herausforderung besondere politische Brisanz.

Dabei steht unerschütterlich fest: Es wäre schön, wenn Leipzig bereits so schön und so weit entwickelt wäre, wie es der derzeitige OBM immer gern darstellt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Nach Beispielen für einen geglückten Aufbau Ost befragt, nennen sachkundige Wissenschaftler den Bereich Optik rund um Jena, die Mikroelektronik rund um Dresden und sogar den Pharmabereich rund um Greifswald. Leipzig nennt schon seit Jahren niemand mehr. Keiner hat unsere Stadt "auf dem Schirm." Leipzig kommt einfach nirgendwo mehr vor, und dieses Alarmsignal muss endlich verstanden werden.

Wir müssen einen neuen Anlauf nehmen. Alle Konzepte, die seit 1990 hier ausprobiert wurden, sind irreparabel verschlissen oder gründlich gescheitert. Und ebenso ist natürlich das ausgelaugte Führungspersonal verschlissen, dem nichts anderes mehr einfällt, als einfältig gewordene alte Leiern weiter zu leiern.

Auf der kommunalen Eben zeigt sich: Es gibt kein Problembewusstsein seitens des derzeitigen OBM, und dabei ist klar, dass es ein "Weiter so" schon lange nicht mehr geben darf.

Die europäische Integration und der deutsche Föderalismus bringen es mit sich, dass immer mehr Entscheidungen, die direkt in die Entwicklung eingreifen, auf anderen, weit entfernten Ebenen fallen. Auf dieses kaum zu leugnende strukturelle Dilemma kann man auf zwei Arten reagieren: Entweder man nimmt die Verhältnisse so hin, wie sie sind, und zuckt mit den Schultern oder man unternimmt energische Anstrengungen, um die vorhandenen Spielräume zu nutzen und größtmöglich auszuschreiten. Das erste Handlungsmuster liefe auf Fatalismus

hinaus und kann nicht Sache der LINKEN sein, das zweite Handlungsmuster entspricht unserem historischen Selbstverständnis - die Verhältnisse beherzt zu ändern, die geändert werden müssen.

Angewandt auf die Gegebenheiten in Sachsen, kann linke Politik nur heißen, der Stadt Leipzig einen selbstbewussten Auftritt gegenüber der Staatsregierung zu verschaffen und berechnete Leipziger Interessen ohne Wenn und Aber durchzusetzen. Dröhnende Ankündigungen in Richtung Dresden ohne praktische Konsequenzen untergraben das Ansehen und die Verhandlungsposition der Stadt Leipzig. Dringende Änderungen im Sozialbereich, in der Kultur oder in der Fördermittelvergabe, besonders für Forschung und Entwicklung, stehen auf der Tagesordnung, und solche Änderungen durchziehen unseren linken Politikansatz.

Es muss gelingen, die vermeintliche Diktatur der Sachzwänge aufzubrechen. Leipzig darf sich nicht widerstandslos in das Joch des Spardiktats der Staatsregierung zwingen lassen. Die maßgeblichen Fakten sind in der Untersuchung "Drei ungleiche Schwestern" über die divergierenden Entwicklungsprozesse in Dresden, Chemnitz und Leipzig zusammengefasst, die von Dietmar Pellmann und Barbara Höll unlängst erstellt wurde. Zusammenfassend lassen sich die Ergebnisse der akribischen Arbeit auf folgenden Punkt bringen: Die Stadt Leipzig wird massiv benachteiligt.

Dass diese Studie nach ihrer Präsentation in der Landespressekonferenz von den Medien in Dresden und Chemnitz ausführlicher behandelt wurde als in Leipzig, ist irgendwie verständlich: Nach Durchsicht der Ergebnisse, die Dietmar und Bärbel vorgelegt haben, müssten die Verantwortlichen im Neuen Rathaus noch röttere Ohren haben, als DIE LINKE jemals als Farbgestaltung für den Umschlag der einschlägigen Broschüre wählen kann.

Die kommenden Monate der kommunalpolitischen Arbeit der LINKEN in Leipzig werden voll und ganz vom bevorstehenden OBM-Wahlkampf geprägt sein. Für unsere am 9. März auf der Vertreterversammlung nach ausführlicher Diskussion gewählte OBM-Kandidatin Barbara Höll schälen sich vier inhaltliche Schwerpunkte für den Wahlkampf heraus, die ich an dieser Stelle kurz rekapitulieren will:

- **die Soziale Stadt**

Es ist in Zeiten des kalten, mitleidlosen Neoliberalismus eine gewaltige Herausforderung, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu sichern.

Der soziale Zusammenhalt in der Stadt Leipzig steht ganz oben auf unserer Agenda und das wird aus gutem Grund auch so bleiben.

- **Kultur- und Kreativstadt**

Wir wollen alle Bereiche der vielfältigen Leipziger Kultur entwickeln. Einen Bereich gegen den anderen auszuspielen und geistlose Kürzungsorgien durchzuführen, wäre dagegen fatal. Michael Faber vertritt unseren Ansatz engagiert, und dafür gebührt ihm Dank. Wir treten als LINKE dafür ein, vor allem die Einrichtungen zu stärken, die jeden Tag für die Menschen in dieser Stadt da sind, und nicht einseitig die Leuchttürme zu befeuern, die nach außen strahlen sollen. Verarmt die Kultur vor Ort, hilft auch der Leuchtturm nicht mehr. Er wäre nur noch das Licht der Mahnwache. Viele Leipziger Kulturschaffende bestärken uns in dieser Ansicht. Und sie benötigen politische Unterstützung, die von der LINKEN gern und voller

Überzeugung kommt, wie der heute vorliegende Initiativantrag zur Unterstützung der Kampagne „Fünf für Leipzig. Jetzt!“ nachdrücklich beweist oder wie gestern Bärbel schon mit ihrer Presseerklärung zu diesem Thema unterstrich. Immerhin hat sie es mit ihrer Aussage heute auf die Seite 1 im Kulturteil der LVZ gebracht.

- **Wirtschaftsstadt**

Zu diesem Punkt habe ich mich bereits ausführlich geäußert. DIE LINKE hat mit einem wie immer gearteten Ökonomismus nichts im Sinn. Wir sind es, für die Wirtschaft und Soziales so eng zusammengehören wie für niemanden sonst aus dem Kreis unserer politischen Opponenten. Es ist die Lebensqualität der Menschen, für die sich DIE LINKE in allen Belangen einsetzt.

- **Bürgerstadt**

Die Leipziger sind es leid, seit mehr als zwanzig Jahren von zugereisten Missionaren, denen dafür jegliche Legitimation fehlt, erklärt zu bekommen, wie sie gelebt haben - und vor allen Dingen, wie falsch sie gelebt haben. Was ist das für ein Gesellschaftsentwurf, dem nichts Beklopptereres mehr einfällt, als seine Legitimation in Vorgängen, die ein Vierteljahrhundert zurückliegen, zu suchen, während er die Antwort auf die drängenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft ausspart? Muss ich hier noch Argument auf Argument türmen oder kann ich mich auf den Hinweis beschränken: Schaut, welche Tänze in Trance rund um das Einheitsdenkmal aufgeführt werden und welche Energien für dieses Spektakel verpulvert werden, um zu verstehen, wo die wirklichen Herausforderungen zu suchen sind?

Der gravierende politische Fehler des derzeitigen Oberbürgermeisters besteht darin, das betretene Schweigen der Vielen als Zustimmung einer Mehrheit zu seiner Politik zu missdeuten. Für DIE LINKE ist Leipzig mehr als nur der ewig auf das Stadtzentrum gerichtete Punktcheinwerfer. Wir behandeln unsere Stadt als Ganzes und als einen lebendigen Organismus. Lindenau zum Beispiel ist für die Leipziger LINKE mehr als nur die Baumwollspinnerei, wenn ich beispielsweise an das Capa-Haus schräg gegenüber denke. Grünau ist mehr als "Plattenbausiedlung" und Leerstand, wie Siggi Schlegel in seiner gestrigen Pressemitteilung nachwies. Und die Neustadt ist mehr als ein kleiner Strauß von Vorzeigevorhaben an der Eisenbahnstraße.

Mit der Orientierung auf die vier genannten Schwerpunkte des kommenden OBM-Wahlkampfes haben wir sehr früh einen ganzheitlichen Politikansatz klar umrissen. Er unterbreitet programmatische Angebote für weite Teile der Leipziger Stadtgesellschaft und orientiert sich unumstößlich am Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Luftschlösser, Nebelkerzen, aber auch Jubelarien kommen in den programmatischen Aussagen nicht vor, mit denen Bärbel und wir gemeinsam in den Wahlkampf ziehen. Wir haben eine sehr gute Kandidatin mit den richtigen programmatischen Bausteinen. Diese Bausteine weiter zu bearbeiten und endgültig zu einem stimmigen Ganzen zusammenzufügen, wird nun Aufgabe aller engagierten Mitstreiter sein. Eingeladen zu konstruktiver Mitarbeit sind aber nicht nur die Mitglieder unserer Partei sondern sämtliche Leipzigerinnen und Leipziger mit einem wachen Sinn und Tatendrang für soziale Gerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

um dieser großen programmatischen Herausforderung gerecht zu werden, müssen wir parallel auch wichtige innerparteiliche Hausaufgaben in den nächsten Monaten erfüllen. Dazu zählt heute natürlich zu allererst die Wahl des neuen Stadtvorstandes. Es liegt in der Natur des Lebens, dass aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht alle bisherigen Mitglieder des Stadtvorstandes wieder kandidieren. Wir werden uns nach der Entlastung des alten Stadtvorstandes angemessen von diesen Genossinnen und Genossen verabschieden. Ich möchte mich aber schon jetzt an dieser Stelle ganz herzlich bei Christine Halle, Maren Müller und Nora Schulze sowie Markus Heide, Andreas Kermer, Tilman Loos und Sören Pellmann für ihr im Stadtvorstand geleistetes politisches Engagement bedanken. Die sieben verkörpern in der Summe immerhin 32 Jahre Mitarbeit im Stadtvorstand, wobei Chrissi und Sören zusammen 18 Jahre davon aufbringen.

Der Stadtvorstand hat in den letzten beiden Jahren eine engagierte Arbeit geleistet. Der Euch vorliegende Rechenschaftsbericht zeugt davon. Es kann jetzt allerdings nicht Sinn und Zweck des Referats sein, darauf im Detail einzugehen. Zu einzelnen Aspekten kann und soll die anschließende Diskussion genutzt werden. Ich möchte vielmehr noch ein paar Bemerkungen zu denjenigen Aufgaben und Herausforderungen machen, denen wir in den nächsten Monaten unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden sollten, denn natürlich gibt es noch Defizite bzw. Bringepflichten wie beispielsweise die ordnungs- und sicherheitspolitischen Leitlinien. Deren Entwurf können wir auf dem heutigen Stadtparteitag noch nicht - wie beabsichtigt - vorlegen; dafür bitte ich um Verständnis. Zum einen ging die Arbeitsgruppe bei ihrer ursprünglichen Zeitplanung davon aus, dass der Parteitag erst im Sommer stattfindet. Und zum anderen sind die Problemlagen derart komplex, dass heute eine akzeptable Fassung noch nicht vorgelegt werden konnte. Ich weiß aber, dass die zuständige Arbeitsgruppe, der auch unser Ordnungsbürgermeister angehört, intensiv daran arbeitet.

Eine Erfolgsgeschichte und für mich zugleich eine echte Herzensangelegenheit ist der in den Delegiertenunterlagen ausgereichte Beschluss zum Projekt 10 mal 10. Der Stadtvorstand wurde ja von Euch bekanntlich am 18. Juni 2011 beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Die Projektgruppe, in der Mathias Arnold, Nadja Guld, Margitta Hollick, Julius Späte und ich mitarbeiteten, hat aus Sicht des Stadtvorstandes ein ausgereiftes Papier vorgelegt. Wir haben aber an *einer* entscheidenden Stelle noch Korrektur- bzw. Ergänzungsbedarf gesehen und legen Euch daher im Heft 2 eine überarbeitete Fassung vor. Um unsere Ausstrahlung bei Menschen mit Behinderungen und auch im Bereich der Integrationspolitik zu vergrößern, hat der Stadtvorstand beschlossen, für diese beiden wichtigen Politikfelder im Jahr 2014 aussichtsreiche Listenplätze zur Verfügung zu stellen, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten natürlich vorausgesetzt. Gerade der Bereich Behindertenpolitik ist uns sehr wichtig. Es ist kein Zufall, dass es dazu heute nicht nur zwei entsprechende Anträge gibt, sondern auch eine ausführliche Information in quasi eigener Sache - Stichwort Barrierefreiheit Liebknecht-Haus. Der Stadtvorstand hat mit der AG Behindertenpolitik intensiv zusammengearbeitet, um den Parteitagsbeschluss vom 12. November 2011 mit Leben zu erfüllen. Durch die konkreten baulichen Gegebenheiten vor Ort reiften nicht alle Blütenträume; das vorläufige Ergebnis kann sich aber unseres Erachtens sehen lassen.

Das gilt auch für das Konzept 10 mal 10, auf das ich nochmals kurz zu sprechen kommen möchte. Es muss nun mit Leben erfüllt werden, vor allem in den Stadtbezirksverbänden vor Ort. Der neue Stadtvorstand wird dazu Coachinggruppen berufen, die möglichst noch vor der

Referat Dr. Volker Külow auf der 1. Tagung des 3. Stadtparteitages - Es gilt das gesprochene Wort!

Sommerpause mit den Stadtbezirksvorständen gemeinsam die Umsetzung des Projekts in Angriff nehmen. Es ist meine feste Überzeugung: wenn wir dieses Vorhaben realisieren werden wir 2014 bei den Stadtratswahlen stärkste Partei. Für dieses Ziel lohnt es sich zu kämpfen.

Davor aber liebe Genossinnen und Genossen, damit möchte ich nun zum Schluss kommen, sollten wir im Januar 2013 am Anfang eines langen Wahljahres *in Leipzig* ein starkes politisches Signal für DIE LINKE setzen, das weit über unsere Stadt hinaus ausstrahlt und verstanden wird. Bärbel hat die Buchstaben des Parteinamens bekanntlich in ihrer Kandidatinnenrede am 9. März so entschlüsselt: **DIE LINKE** - **D**emokratie, **I**ntegration, **E**motion: **L**eipzig **I**n **N**euem **K**onturen **E**ntwickeln.

Daran werden wir uns orientieren und den Kampf für ein gerechteres, soziales und solidarisches Leipzig aufnehmen. Diese Aufgabe benötigt den engen Schulterschuss aller linken Kräfte in unserer Stadt und sie verdient in den kommenden Monaten höchsten Einsatz. Lasst uns das gemeinsam anpacken.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.